

Antrag

Initiator*innen: Tobias Goldschmidt (KV Plön)

Titel: **Für ein robustes und umfassendes
Sicherheitsversprechen des Staates an seine
Bürgerinnen und Bürger**

Antragstext

1 Der seit drei Jahren fortwährende brutale Angriffskrieg Putins gegen die
2 Ukraine, die neue Rolle der USA unter Trump und die sich rasant verschärfenden
3 sozialen und ökologischen Krisen unserer Zeit stellen die Menschen in
4 Deutschland, Europa und der Welt vor in der Komplexität bisher nicht dagewesene
5 Herausforderungen.

6 Im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts ist die Welt unsicherer geworden. Das
7 nach Ende des Kalten Krieges herbeigesehnte „Ende der Geschichte“ und der damit
8 verbundene Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung in einer multipolaren
9 Welt sind eine unerfüllte Hoffnung geblieben.

10 In der jetzt vor uns liegenden Dekade braucht es umso mehr politische
11 Entschlossenheit, europäische Integration und ein ebenso gestärktes wie
12 inhaltlich erweitertes Sicherheitsversprechen des Staates an seine Bürger*innen.
13 Dieses robuste Sicherheitsversprechen muss neu definiert werden und geht weit
14 über militärische Sicherheit hinaus.

15 Aus diesem Verständnis leiten sich für Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
16 folgende Punkte ab:

17 **Der neuen Sicherheitsarithmetik robust begegnen**

- 18 • Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf unseren Frieden, auf

19 die europäische Einheit, auf unsere freie, offene und demokratische
20 Gesellschaft. Deutschland muss fest an der Seite der Ukraine stehen - mit
21 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

- 22 • Die Zeichen aus den USA sind eindeutig: Europa muss noch stärker in die
23 Verantwortung gehen. Deshalb passt es nicht mehr in die Zeit, dass
24 Verteidigung und Bevölkerungsschutz durch die starren Regeln der
25 Schuldenbremse ausgebremst werden. Wir haben hier seit langem
26 Veränderungen gefordert und nehmen die Kehrtwende der CDU nun wenige Tage
27 nach der Bundestagswahl zur Kenntnis. Endlich!
- 28 • Insbesondere Schleswig-Holstein als Ostsee-Anrainer braucht gut
29 ausgestattete Sicherheitsbehörden, eine starke Bundeswehr und eine gut
30 sortierte NATO. Wir werden die Bundeswehr, ebenso wie die Polizei, das
31 Landesamt für Verfassungsschutz und die Organisationen des
32 Bevölkerungsschutzes hier im Land weiter nach Kräften unterstützen.
- 33 • Sanktionen gegen Putin müssen europäisch strikt durchgesetzt werden. Die
34 Düngemittelimporte aus Russland sind nichts anderes als eine Umgehung des
35 europäischen Energieembargos, die unsere Landwirtschaft abhängig machen.
36 Neben Drohnenüberflügen zu Spionagezwecken ist Russlands Schattenflotte
37 auf der Nord- und Ostsee eine konkrete Gefahr für unsere kritische
38 Infrastruktur und im Falle einer Havarie auch für die ohnehin massiv
39 geschädigte Meeresumwelt. Deshalb fordern wir eine effektive Kontrolle der
40 Schiffe, Lotsenpflichten und europäische Sanktionen gegen die
41 Schattentanker sowie die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe
42 in deutschen Gewässern.

43 **Sicherheitsorientierte Energiepolitik**

- 44 • Die Energieabhängigkeit Deutschlands von Öl- und Gasimporten hat uns
45 verwundbar gemacht. Wir werden den eingeschlagenen Weg der Umstellung auf
46 Erneuerbare Energien (sowie der Diversifizierung) weitergehen. Damit
47 stärken wir die Resilienz des Wirtschaftsstandortes Deutschland und machen
48 auch unsere Infrastruktur weniger anfällig.
- 49 • Schleswig-Holstein wird als Wind- und Küstenland auch künftig seiner

50 besonderen Verantwortung gerecht. Wir erwarten von der neuen
51 Bundesregierung, dass sie die in der abgelaufenen Wahlperiode auf den Weg
52 gebrachte Entfesselung der Erneuerbaren Energien im Sinne des
53 Wirtschaftsstandortes Deutschland, der Menschen im Land und ihrer
54 sicherheitspolitischen Bedeutung ungebremst fortsetzt und die Verwendung
55 Erneuerbarer Energien in allen Sektoren voranbringt. Erneuerbare Energien
56 müssen bei der Diversifizierung immer Vorrang haben. Eine Abkehr von
57 dieser Linie würde Schleswig-Holstein schaden und ist mit uns nicht zu
58 machen.

59 **Klima- und Artenschutz sowie Klimaanpassung aktiv angehen**

- 60 • Die Klima- und Biodiversitätskrise gehören international zu den größten
61 Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit. Sie gefährden die
62 Ernährungssicherheit und könnten Teile der Erde unbewohnbar machen.
63 Organisationen wie die NATO, die Weltbank und die Vereinten Nationen
64 weisen mit Nachdruck darauf hin. Klima- und Artenschutz sind eine
65 Grundvoraussetzung für internationale Sicherheit und Stabilität.

- 66 • Klimaschutz und Klimaanpassung sind mit hohen Investitionen verbunden.
67 Eine Reform der Schuldenbremse ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür,
68 die Gesellschaft auf dem Weg der Transformation zusammenzuhalten. Für uns
69 ist klar: Sondervermögen und Reformen der Schuldenbremse müssen ein
70 Geschenk an die Zukunft sein und dürfen nicht zur schweren Hypothek für
71 künftige Generationen werden. Ihnen ist nicht damit geholfen, über perfekt
72 sanierte Verkehrswege durch tote Landschaften zu fahren. Deshalb müssen
73 Klimaschutz und Artenvielfalt ebenso finanziert werden, wie andere
74 Infrastrukturen.

- 75 • Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 hat Schleswig-Holstein einen Weg zur
76 Klimaneutralität beschrieben, den es jetzt engagiert und in allen Sektoren
77 konsequent zu beschreiten und auszufinanzieren gilt.

- 78 • Etwa ein Viertel Schleswig-Holsteins ist akut hochwassergefährdet. Die
79 bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie die
80 Hochwasserschutzanlagen sind den Anforderungen infolge des Klimawandels
81 nicht mehr gewachsen. Wir werden uns weiter für einen zukunftsfähigen
82 Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen, im Sinne der Sicherheit der
83 Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir insbesondere auf natürliche

84 Klimaanpassungsmaßnahmen, die einen Mehrfachnutzen für die Artenvielfalt,
85 den Tourismus und die Steuerzahler*innen mitbringen. Klimaanpassung macht
86 unser Land widerstandsfähiger, artenreicher und sicherer.

87 **Demokratie nachhaltig schützen**

- 88 • Unsere demokratische Gesellschaft steht massiv unter Druck. Sie wird von
89 innen wie außen bedroht. Die diversen Krisen der vergangenen Jahre
90 überlagern sich zunehmend. Immer häufiger wird dabei auch die Demokratie
91 selbst infrage gestellt. Dem setzen wir uns entschieden entgegen und gehen
92 die komplexen Herausforderungen an. Dafür braucht es neben der
93 regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung verfassungsrechtlicher
94 Schutzmechanismen auch Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung:
95 auskömmliche Projektbudgets, starke Bildung für nachhaltige Entwicklung
96 und mehr und besserer Politikunterricht an Schulen stärken unsere
97 Demokratie und machen unser Land sicherer. Vereine, Verbände und
98 Initiativen sind der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir
99 unterstützen sie und ermuntern sie auch, politisch für die Demokratie
100 einzutreten.

- 101 • Die Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft bedeutet für
102 viele Menschen große Anstrengungen. Deshalb fordern wir auf Bundesebene
103 einen Bürgerrat zur Vorbereitung eines breit getragenen
104 Transformationskonsenses, der insbesondere Fragen der Lastenteilung,
105 sozialen Flankierung und Finanzierungsverantwortung beinhaltet. Der
106 gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt der wichtigste Schutz gegen Angriffe
107 auf unsere demokratischen Errungenschaften. Deshalb braucht es
108 einenparlamentarisch möglichst breit getragenenKonsens, der der Spaltung
109 unseres Landes entgegenwirken kann.

- 110 • Unser Staat steht vor großen Zukunftsaufgaben – und wird zugleich häufig
111 als behäbig empfunden. Ein funktionierender Staat stärkt durch seine
112 menschenzentrierte und effiziente Verwaltung demokratische Stabilität. Die
113 Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen muss für die Bürger*innen
114 spürbar sein und sie entlasten.Dazu gehören effektiver Umwelt- und
115 Klimaschutz, eine schnelle Digitalisierung, eine zeitgemäße Bildung und
116 ein wirkungsvolles und nahbares Sozialsystem. Hier braucht es keine blinde
117 Deregulierung, sondern strukturelle Reformen und mehr Schub bei der
118 Digitalisierung, um schon lange festgeschriebene Ziele besser
119 durchzusetzen.

- 120
- 121
- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- 129
- Eine starke Demokratie lebt auch von Beteiligung. Doch viele Menschen fühlen sich politisch nicht mehr gehört – ein Gefühl, das populistische und rechtsextreme Kräfte gezielt ausnutzen. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken. Politik muss Räume schaffen, in denen Bürger*innen sich ernst genommen fühlen und relevant mitgestalten können. Es braucht neben klassischen Formaten innovative und zeitgemäße Beteiligungsmöglichkeiten, um auch jene einzubinden, die sich Beteiligung bisher nicht leisten können – sei es aus Zeit- oder finanziellen Gründen. Digitale Plattformen, aufsuchende Formate und Dialoge in Betrieben oder Quartieren wollen wir unterstützen und neue Formate „out of the box“ entwickeln.

130 **Kindern und Jugendliche stark machen**

- 131
- 132
- 133
- 134
- 135
- 136
- 137
- 138
- 139
- 140
- 141
- 142
- 143
- Die Herausforderungen unserer Zeit werden die Kinder und Jugendlichen von heute ihr ganzes Leben begleiten. Darauf müssen wir sie vorbereiten und dabei müssen wir sie mitnehmen. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gehören in den Mittelpunkt. Wir müssen aus den Erfahrungen der Coronazeit lernen und sowohl die Rechte von Kindern und Jugendlichen, als auch die Aufwachsens- und Entwicklungsbedingungen in den Blick nehmen. In Krisenjahren ist es besonders wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch positive und altersangemessene Erfahrungen machen und Freiheiten erfahren können. Deshalb müssen Kindertagesbetreuung, Ganztagsbetreuung, Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und auch Kinder- und Jugendfreizeiten angemessen unterstützt und gestärkt – und wo notwendig auch infrastrukturell modernisiert werden. Auch sie stärken unsere Demokratie und damit unser Land.

144 **Arbeitsmarktintegration**

- 145
- 146
- 147
- 148
- 149
- 150
- 151
- 152
- 153
- 154
- 155
- 156
- Der demografische Wandel stellt Deutschland vor Herausforderungen, denen wir vorausschauend begegnen müssen. Unsere Gesellschaft altert. Diese Tendenz wurde zwar durch Zuwanderung und Geburten etwas abgebremst. Dennoch stehen wir in Bereichen der Infrastruktur, des Wohnungsbedarfes, der Sozial- und Gesundheitssysteme vielschichtigen Herausforderungen gegenüber. Wir machen uns daher für eine schnellere und nachhaltigere Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt stark und begrüßen, dass sich Schleswig-Holstein bereits auf den Weg gemacht hat: Die Verstetigung des Pilotprojekts „Grundkompetenzscreening“ in den Landesunterkünften, die Überwindung bürokratischer Hürden und insbesondere die Anerkennung von Berufsqualifikation sind wesentliche Bausteine, damit Integration vom ersten Tag an funktionieren kann.

157 **Desinformationen stoppen und vorbeugen**

- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165
- 166
- 167
- Der digitale Raum und insbesondere die großen sozialen Netzwerke in den Händen weniger Milliardäre werden zunehmend zur Gefahr für Demokratie und Meinungsfreiheit. Der Feldzug gegen die liberale, rechtsstaatliche Demokratie wird längst aus den sozialen Netzwerken heraus geführt. Extremisten verbinden sich mit autoritären Regimen, manipulieren Diskurse und verbreiten gezielt Desinformation. Eine wehrhafte Demokratie erfordert eine starke und transparente Regulierung dieser Plattformen. Neben guten gesetzlichen Grundlagen braucht es starke Aufsichtsbehörden, um diese auch durchsetzen. Der grüne Weg der digitalen Souveränität soll weitergegangen werden. Unserer Landesverwaltung kommt dabei eine Vorbildrolle zu.
- 168
- Die öffentlich-rechtlichen Medien ebenso wie ein breites Portfolio privater Medien sind wesentliche Hüter des demokratischen Diskurses. Wir werden uns dafür einsetzen, die Medienvielfalt im Land ebenso zu stärken, wie die Pressefreiheit und die öffentlich-rechtlichen Medien geschützt werden müssen. Insbesondere die Präsenz journalistisch hochwertiger öffentlich-rechtlicher Medienangebote in den sozialen Netzwerken muss ausgebaut werden.
- 171
- 172
- 173
- 174

Begründung

Grüne in SH machen seit langem auf die sich rasant ändernde Sicherheitslage und das bundesweit zu enge Sicherheitsverständnis aufmerksam. Wiederholt wurden konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Demokratie vorgelegt. Angesichts der jüngsten Ereignisse machen wir unsere Haltung mit diesem Antrag nochmal sehr klar und entwickeln unsere Position weiter.

Unterstützer*innen

Dirk Kock-Rohwer (KV Plön), Joschka Knuth (KV Flensburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Steffen Regis (KV Kiel), Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde), Silke Backsen (KV Nordfriesland), Ralf Hübner (KV Pinneberg), Philipp Schmagold (KV Plön), Marilla Meier (KV Lübeck), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Stephan Wisotzki (KV Lübeck), Luca Brunsch (KV Kiel), Silke Schneider (KV Lübeck), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg), Josefine Möller (KV Steinburg), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Kurt Reuter (KV Stormarn), Moritz Bührmann (KV Kiel), Karl-Martin Hentschel (KV Plön), Sophia Marie Pott (KV

Lübeck), Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Silke Schiller-Tobies (KV Kiel), Kai Gaertner (KV Stormarn), Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg), Jörn Pohl (KV Kiel), Malte Krüger (KV Steinburg), Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg), Jan Kürschner (KV Kiel), Gazi Freitag (KV Plön), Anett Schwab (KV Plön), Maya Diederichs (KV Kiel), Ulrike Täck (KV Segeberg), Irja-Iven Meesenburg (KV Lübeck), Katrin Stange (KV Pinneberg), Vera Hanel (KV Stormarn), Ben Lüdke (KV Steinburg), Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Daan Steinebach (KV Schleswig-Flensburg), Cornelia Bothe (KV Nordfriesland), Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Jörg Lange (KV Schleswig-Flensburg), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Annette Granzin (KV Ostholstein), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Eva-Clarita Pettai (KV Flensburg), Samet Yilmaz (KV Kiel), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Thomas Abraham (KV Neumünster), Zoé Engel (KV Kiel), Hans Heinrich Voigt (KV Neumünster), Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde), Conny Clausen (KV Flensburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein)